

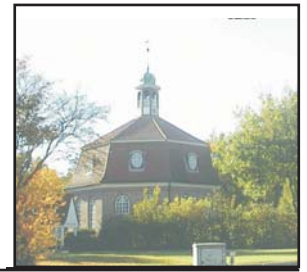


Der Niendorfer

Informationen und Meinungen aus unserem Distrikt
im 30. Jahrgang

Ausgabe 10/2004

Hamburg, den 22. Oktober 2004



Brauchen wir eine Sportsteuer?

Hitzige Diskussion in der Bezirksversammlung

NH/ Anlass war die Ankündigung des Senates, die Sportvereine an den Betriebskosten der "staatlichen" Wettkampfstätten (Hallen, Sportplätze usw.) mit einer Summe von 3,5 Millionen Euro zu beteiligen. 3,5 Millionen Euro, so wollte uns die CDU glauben machen, das sei pro Vereinsmitglied eine Beitragserhöhung von nur 50 Cent, bildlich gesprochen ein "Duschgeld". Doch so einfach ist das leider nicht! Jugendliche Vereinsmitglieder sollen von der Sportsteuer ausgenommen werden, was unter anderem dazu führt, dass in den Vereinen die Mitgliedsbeiträge von bis zu drei Euro ansteigen werden. Bei der jetzt schon heftigen Konkurrenz durch kommerzielle Anbieter (z.B. Sportspaß) befürchten die Vereinsvertreter eine Austrittswelle. Klar ist dabei, dass vor allem einkommensschwache Familien betroffen sein werden. Welche Folge das für das soziale Leben in den problematischeren Stadtteilen haben wird, lässt sich erahnen. In Eimsbüttel ist die Sportsteuer für die kleineren Vereine sogar Existenz bedrohend.

Diese Form von Sportpolitik, die einerseits von der Olympia-Sportstadt Hamburg spricht, Millionen in fragwürdige Leistungssportprojekte (Stichwort: Rothenbaumverlegung) investieren will und andererseits beim Breitensport einspart, ist sport- und gesellschaftspolitischer Unfug! So geriet die Debatte um die Sportsteuer in der Bezirksversammlung dann auch schnell zur Generaldebatte um den Haushalt. Fragwürdige

Prestigeobjekte, wie das Marinemuseum (Kostenpunkt ca. 30 Millionen Euro) oder die U-Bahnanbindung der Hafencity wurden unsererseits aufgeführt, um zu verdeutlichen, dass in dieser Stadt sehr wohl Geld vorhanden ist, von Beust & Co dies jedoch in andere Kanäle fließen lassen, die für die Stadt nur bedingt von Nutzen sind!

Gleichzeitig wird jedoch in Bereichen gespart (siehe Sportsteuer), in denen jeder Cent eine Investition in das Sozial- und Kulturleben der Stadt bedeutet! Diese Form von Haushaltspolitik lässt sich in vielen anderen Bereichen aufzeigen: Kitas, Schule, Armutsbekämpfungsprogramme sind nur drei Stichwörter, bei denen in Kürze deutlich werden wird, wie Hamburg à la von Beust wachsen wird: Alle Gelder rein in Prestigeobjekte wie der Hafencity oder den "Sprung über die Elbe" und raus aus der sozialen Verantwortung auch in sozial schwierigeren Bereichen.

Eine Politik, die bei allem Zähneknirschen und aller Wut im sozialdemokratischen Herz auch Chancen zur Gegenwehr eröffnet. Bündnispartner werden wir jedenfalls eine Menge haben!

Mit den Sportvereinen ist in Eimsbüttel ein Anfang gemacht. Mit SPD/GAL-Mehrheit lehnte die Bezirksversammlung Eimsbüttel die Sportsteuer ab. Nicht nur hier heißt es sprichwörtlich: An den Bällen bleiben!

Distrikt Stellingen lädt ein:

Zur Veranstaltung im Rahmen der Reihe "Den Wandel verstehen, die Zukunft gestalten" der fünf Distrikte Stellingen, Eidelstedt, Niendorf, Lokstedt und Schnelsen

Quo vadis SPD?

Streitgespräch mit Olaf Scholz, MdB, und Frank Teichmüller, Bezirksleiter der IG-Metall Bezirk Küste

am 16. November 2004, 20 Uhr,
im Vereinsheim des TSV
Stellingen, Sportplatzring 47

(Mitfahrgelegenheit bitte bei
ManfredKörner, Tel. 587334,
erfragen)

Unsere Glückwünsche

Anneliese Förster	
wird am 28. 10.	80 Jahre alt
Heinz Rabel	
wird am 05. 11.	80 Jahre alt
Helga Schulz	
wird am 07. 11.	65 Jahre alt
Alfred Peters	
wird am 08. 11.	88 Jahre alt
Ilse Dunker	
wird am 11. 11.	60 Jahre alt
Otto Oellerking	
wird am 13. 11.	76 Jahre alt
Elfriede Hofmann	
wird am 19. 11.	70 Jahre alt

*Distriktvorstand und Redaktion
gratulieren ganz herzlich*

Grünkohlessen zum Jahresabschluss am 14. Dezember, 19.00 Uhr

Unsere Traditionsveranstaltung findet auch in diesem Jahr wieder in Lington's NTSV-Treff, Sachsenweg 85 statt. Zum Preis von EUR 14.50 wird Grünkohl "satt" serviert. Leichtere Gerichte stehen auch zur Wahl. Bitte anmelden bei Reinhold Busch (5513844) oder Manfred Körner (587334)

Gaspreis-Erhöhungen nicht zahlen

oh/ Die Verbraucherzentrale Hamburg hält die erfolgte Erhöhung der Gaspreise um durchschnittlich 10% für unbillig und unbegründet. Verbraucher können sich wehren und die Zahlung des über einen Erhöhungssatz von 2% hinausgehenden Betrages verweigern. Hierzu haben die Verbraucherschützer einen Musterbrief entwickelt, der im Internet unter „www.vzhh.de“ neben vielen Argumenten zu diesem Thema abgerufen werden kann. Wer von unseren GenossInnen selbst keinen Zugang zum Internet hat, kann sich helfen lassen (Birgit unter 589 767 07 oder Olaf unter 55193 51 anrufen).

Warum ist die Gaspreiserhöhung unangemessen?

Der Bund der Energieverbraucher hat herausgefunden: Die Preise, zu denen das Erdgas aus dem Ausland bezogen werden, sind im Juni 2004 gegenüber dem Vorjahr um 6,4 Prozent gesunken. Die von der Ruhrgas angekündigten Preiserhöhungen um sechs Prozent sind deshalb unbegründet.

Da die Gasversorger Monopole sind und der Kunde nicht zu einem anderen Versorger wechseln kann, unterliegt die einseitige Preisfestsetzung durch die Gasversorger der Billigkeitskontrolle der Gerichte. Die Preise dürfen, wie die Juristen sagen, nicht "unbillig" sein, sie müssen nach "billigem Ermessen" festgelegt werden. Der Berechtigung zur einseitigen Preisfestsetzung entspricht die

Verpflichtung zu einer fairen Preisgestaltung. Der Versorger darf seine Gewinne nicht willkürlich heraufsetzen, er darf aber Erhöhungen seiner Einkaufspreise an seine Kunden weitergeben.

Wenn der Preis nicht der Billigkeit entspricht und der Kunde die Billigkeit bestritten hat, ist der Anspruch des Gasversorgers nicht fällig. Die Beweislast für die Billigkeit liegt nun beim Versorger. Diese Rechtslage ergibt sich aus § 315 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch). Solange der erhöhte Preis nicht fällig ist, ist der Kunde nicht zur Zahlung verpflichtet, und er kann die Zahlung des erhöhten Preises verweigern.

Die Gaspreise werden vom Gasversorger einseitig festgesetzt.

Die Preise werden von keiner Behörde genehmigt oder kontrolliert! Verbraucher können und müssen sich deshalb selbst gegen überhöhte Gaspreise wehren.

Die Regulierungsbehörde wird künftig die Preise für den Transport durch die Gasleitungen kontrollieren. Auf die vom Haushaltskunden zu zahlenden Gaspreise hat die Regulierungsbehörde keinen Einfluss.

Wann soll man seinen Widerspruch geltend machen?

Am besten sofort. Der Gasversorger eonHanse hat die Preiserhöhung lediglich mitgeteilt, die Abschlagszahlungen erhöht und eine Abrechnung mit der Jahresrechnung angekündigt. In der Regel stehen nur

Hauseigentümer in einer direkten Kundenbeziehung zu HEIN GAS. Wenn Hauseigentümer oder Abrechnungsfirmen den Gasverbrauch berechnen, ist der Widerspruch gegen die Preiserhöhung an diese zu richten.

Rechtliche und finanziellen Folgen, Mahngebühren ?

Wenn man seine Rechnung nicht vollständig bezahlt, macht man sich nicht strafbar. Wohl aber kann die teilweise Zahlungsverweigerung zivilrechtliche Folgen haben. Der Gasversorger wird möglicherweise per Mahnung und Mahnbescheid versuchen, den strittigen Betrag einzuklagen. In einem solchen Fall trägt die unterliegende Partei die Kosten des Verfahrens. Der Gasversorger muss vor Gericht seine Kalkulationsgrundlagen vorlegen. Es ist davon auszugehen, dass er dies nicht tun kann bzw. will. Es gibt also gute Chancen, in einem solchen Prozess zu gewinnen.

Kann der Versorger mir den Gashahn abdrehen, wenn ich nicht die volle Gasrechnung zahle?

Der Gasversorger darf nach gängiger Rechtsprechung die Versorgung weder einstellen, noch damit drohen.

Kann die Verbraucherzentrale eine Muster- oder Sammelklage erheben?

Nein. Denn hier will ja der Versorger etwas vom Kunden. Ob der Versorger klagt, steht in seinem Ermessen.

(Der Text wurde nach der Veröffentlichung der Verbraucherzentrale Hamburg unter "www.vzhh@hamburg.de" gekürzt zusammengestellt von Olaf Hanik)

Andrea Nahles zum Thema Bürgerversicherung Löhne und Gehälter, sondern auch auf andere Einkünfte wie Zinsen und Pachten gezahlt werden.

Bürgerversicherung oder Kopfpauschale? Diese Diskussion bewegt zurzeit die Diskussion über die Krankenversicherung. Die SPD hat sich festgelegt: Auf eine solidarische Bürgerversicherung, in die erstmals auch Beamte und Selbständige neben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einbezogen werden sollen. Zudem soll der Beitrag nicht nur auf

Die Bürgerversicherung ist solidarisch, gerecht und zukunftssicher. Dennoch machen Teile der Medien

Auf der nächsten Seite geht's weiter

Impressum:

Der Niendorfer erscheint 11 mal jährlich, herausgegeben vom SPD-Distrikt Niendorf, Rudolf-Klug-Weg 9, 22455 HH, Telefon 040/551 88 87

Konto: 1323-122091 (BLZ 20050550)

eMail: spd.niendorf@hamburg.de

Internet: www.spd-niendorf.de

Verantwortlich f.d.Inhalt: Olaf Hanik

Redaktion: Olaf Hanik (oh)/ Sprecher;

Reinhold Busch (Termine: 5523844), Daniel Dettman (dd), Nils Harringa (NH), Sabine Steppat (St), Roland Wegener (RW).

Für unverlangt eingesandte Manuskripte können wir leider nicht haften

Druck: PCS-Copiershop, Bundesstraße 44, 20146 Hamburg Tel. 45 47 57

Die nächste Ausgabe des NIENDORFER erscheint am 18.11. 2004

Redaktionsschluß: 09.11. 2004

Fortsetzung von Seite 2

dagegen Front. Vielleicht, weil das Thema die nächste Wahl entscheiden wird?

Der Parteivorstand hat den Bericht der "Projektgruppe Bürgerversicherung" beraten.

Auf der Basis dieses Berichtes wird die

SPD in den kommenden Monaten für die Bürgerversicherung werben. Natürlich auch innerparteilich!

Zu diesem Zweck wird die Vorsitzende der Kommission, Andrea Nahles, am Mittwoch, 27. Oktober 19:00 Uhr ins Kurt-Schumacher-Haus nach Hamburg kommen. Die

Versammlung ist parteiöffentlich.

Weitere Informationen findet ihr unter der folgenden Adresse im Internet: <http://www.buergerversicherung.spd.de/servlet/PB/menu/1038839/index.html>

Bildung in Hamburg - alles auf die Schnelle? *Von Ursula Hohenstein*

Ursula Hohenstein ist Lehrerin, die ihren Beruf - wie sie sagt - fast immer noch gerne ausübt, aber gerne mehr Zeit für die Jugendlichen hätte, ohne von Vorschriften und Rahmenbedingungen eingeschränkt zu werden.

Die Redaktion

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über den schlechten Zustand der deutschen Bildungsinstitutionen geklagt wird und eine erneute Studie uns erklärt, wo wir im internationalen Vergleich stehen - meistens relativ weit unten. TIMMS, PISA, IGLU, KESS lassen grüßen.

Nach dem bundesweiten Aufschrei angesichts der PISA- Ergebnisse legte die Bundesregierung das Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" auf. Als Teil der gemeinsamen Bildungsreform von Bund und Ländern unter Einbeziehung von außerschulischen Partnern vor Ort wird eine bessere, frühere und individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler, der schrittweise Abbau des dramatischen Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Bildungserfolg und eine nachhaltige Verbesserung von Bildung durch eine neue Lehr- und Lernkultur angestrebt. Um diese Ziele zu erreichen, sollen Ganztagschulen eingerichtet werden, die mehr Zeit für ihre Schüler haben, diesen mehr Chancen zur Förderung einräumen, durch den Einbezug von Sport- und Musikangeboten auch diese Talente entwickeln und den Eltern durch die

Aufgabenverlagerung in die Schule einen planerischen Kontext bieten, der Beruf und Familie vereinbarer macht.

Mehr als 3000 Schulen aus allen 16 Bundesländern haben bisher Mittel beantragt, darunter auch 86 aus Hamburg. An die letzteren fließt im Jahr 2004 der Betrag von 19,5 Millionen Euro.

In Hamburg ticken die Uhren etwas schneller. Mit der kurzfristigen Umstellung auf das Abitur nach zwölf Schuljahren (ohne die Stundenzahlen zu verringern) erfolgt die Verlängerung des Unterrichtstages an den Gymnasien ab Klasse 7 automatisch in den Nachmittag hinein. Dabei wird zwingend eine Mittagspause mit entsprechendem Essensangebot von Seiten der Behörde vorgeschrieben.

Also konnten die Schulen allenfalls noch festlegen, wie sie diese Verlängerung gestalten wollen (drei Nachmittage bis ca. 16.00 Uhr oder vier bis ungefähr 15.00 Uhr). Das Geld des Bundes ist ausschließlich für bauliche Maßnahmen bestimmt und fließt demzufolge in die Schaffung von Kantinen und Essplätzen.

Für eine echte Ganztagschule mit Integration verschiedener außerschulischer Partner und zusätzlichen Angeboten, mit der individuellen Förderung und Hausaufgabenbetreuung fällt davon nichts

ab. Aber gerade in diesen Angeboten unterscheidet sich Ganztagschule von dem bislang praktizierten Schulalltag, gerade hier lässt sich ansetzen, wenn man es ernst mit dem Abbau der Bildungsschranken meint. Ein der jeweiligen Schule angepasstes Konzept braucht Zeit zur Entwicklung, doch daran fehlt es in Hamburg.

Wie wir alle wissen, kostet so ein Konzept über die baulichen Maßnahmen hinaus Geld, vor allem aber wird entsprechendes Personal benötigt.

Gleichzeitig sind den Hamburger Schulen durch das Lehrerarbeitszeitmodell sowie die neuen Klassenfrequenzen Lehrkräfte entzogen worden. Nach Senatsangaben müssen bis zu 1000 (!) Lehrerinnen und Lehrer, die für das Abitur nach 12 Jahren, die Ganztagschulen (alle Gymnasien in 2004) und mittelfristig steigende Schülerzahlen benötigt werden, durch Einsparungen erwirtschaftet werden. Zusätzlich werden die Klassen größer, die Sprachförderung gekürzt und bei den bestehenden Ganztagschulen Mittel eingespart.

Nun kann der Senat kein Geld drucken - woher soll es also kommen? Hamburger Schulen brauchen eine verlässliche Perspektive, deshalb gibt es den Schulentwicklungsplan.

Auf der nächsten Seite geht's weiter

Fortsetzung von Seite 3

Er enthält alle bis zum 29.8.2003 erhobenen Daten für jede Schule in jeder Region inklusive besonderer Angebote oder Verankerung in Stadtteilprojekten. Da Schulen nur bei bestimmter Zügigkeit sinnvoll wirtschaftlich betrieben werden können, findet jetzt ein Diskussionsprozess statt, der in einem sehr engen zeitlichen Rahmen abläuft. Die Entscheidungen über mögliche Schulschließungen sollen im Februar 2005 im Senat gefasst werden.

Aus Sicht der SPD- Bürgerschaftsfraktion müssen der Ausbau der Integration an Grundschulen, eine qualitative Verbesserung der Hauptschüler und Hauptschülerinnen durch den Abbau eigener

Hauptschulen sowie ein regional ausgegliedertes System an Ganztagschulen in die Planung Eingang finden.

Auch bei uns in der Nähe sind Schulen von möglicher Schließung betroffen - die Schulen Altonaer Straße, Telemannstraße sowie der H/R - Bereich der Schule Röthmoorweg. Am 20.10. wird darüber im Schulausschuss des Bezirks gesprochen.

Alle Schulen wurden bis zum 1.10. um Stellungnahmen an die Behörde gebeten, hatten dafür nur etwa eine Woche Zeit!

Leider sieht es für mich auch hier wieder so aus, als ob alles schnell, schnell, schnell über die Bühne

gehen soll, was für unsere derzeitige Hamburger Regierung wohl ein Qualitätsmerkmal zu sein scheint.

Innerhalb der letzten zwei Jahre habe ich zwei neue Bildungspläne für die jeweiligen Fächer, das Lehrerarbeitszeitmodell, neue Aufgabengebiete zur Umwelt- und Gesundheits-, Medien- und Berufswelterziehung, zentrale Arbeiten in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik in den Klassen 6 und 8, zentrale Abschlussprüfungen zur Mittleren Reife am Ende der 10. Klasse ab 2005 sowie das Zentralabitur ab 2005 eingeführt bekommen. Zum Teil fehlen dazu noch die genauen Angaben - aber arbeiten müssen wir danach, irgendwie wird's schon gehen, aber ob es auch gut wird?

UNSER TERMINKALENDER

<p>Andrea Nahles zum Thema Bürgerversicherung am 27. Oktober 2004 um 19.00 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus</p>	<p>Alwin-Lippert-Weg 16. Nächster Treff: 10.11.04, 13:30 Uhr</p>	<p>MITTERNACHTS-BASKETBALL in der Sporthalle Sachsenweg: Am 5. 11. und an jedem weiteren ersten Freitag im Monat kann ab 23.00 Uhr bei cooler Musik gedunkt werden.</p> 
<p><u>DISTRIKTS-MITGLIEDER-VERSAMMLUNG</u> Dienstag, 09.11., 19:30 in Lington's NTSV-Treff, Sachsenweg 85 Tagesordnung: "Neun Monate schwarzes Rathaus" Monika Schaal berichtet aus der Oppositionsarbeit und wir diskutieren, wie sie noch besser sein könnte.</p>	<p><u>WOHNBEZIRK NORD</u> Wohnbezirksabend Dienstag, 02.11.04, 19:30 Uhr, „Victor's", Quedlinburger Weg 84. <u>Politischer Gesprächskreis zum Thema: Unsere Planung für 2005</u></p>	<p>Unser Nachbardistrikt Schnelsen lädt uns ein zu seiner Jahresabschlussfeier am 7. Dezember, 19:00 Uhr, im VereinsheimTUS Germania, Königskinderweg Serviert wird Schweinebraten mit Rotkohl, wahlweise ein Fischgericht. Ehregast: Angelika Mertens, MdB.</p>
<p>Dienstag, 14.12.04: Grünkohlessen zum Jahresabschluß. Bitte bei Reinhold Busch (5523854) oder Manfred Körner (577334) anmelden.</p>	<p> <u>LUST AUF JUSOS?</u> Infos für JUSO-Interessierte bei: Sebastian Mietzner Tel.: 0179-7940835 Die nächsten weiteren Termine werden Euch noch mitgeteilt</p>	<p><i>Ich bringe Dir den NIENDORFER:</i></p>
<p> <u>SPD-SENIOREN</u> Treff jeden zweiten Mittwoch im Monat im Seniorentreff</p>	<p>"Der Niendorfer" ist jetzt auch per Internet als PDF Datei zu haben! Bestellungen bitte unter: spd.niendorf@hamburg.de</p>	